

EDITORIAL

In Deutschland sind Wirtschaft, Politik und Wissenschaft – vor allem in Führungspositionen – nach wie vor fest in Männerhand. Zwar hat sich der Frauenanteil in den letzten Jahrzehnten überall erhöht; Parität ist aber nicht erreicht, als Ziel auch keineswegs unstrittig, ebenso wie es keine Einigkeit über die Mittel und Wege gibt, mehr Frauen ins Management, in Universitätsprofessuren, Parlamente und Regierungen zu bringen. In fünf Beiträgen wird in diesem Heft der ZParl die Stellung von Frauen in der Politik ausgelotet.

Die Einführung der Frauenquote bei Grünen, SPD und Linken hat den Frauenanteil im Bundestag in den achtziger und neunziger Jahren auf ca. ein Drittel ansteigen lassen; dort stagniert er aber seither. *Louise K. Davidson-Schmich* und *Isabelle Kürschner* spüren die Gründe anhand der letzten Bundestagswahl auf. Insbesondere für Direktmandate, noch dazu aussichtsreiche, wurden Frauen deutlich seltener nominiert. Ohnehin ist die Kandidatenaufstellung das Nadelöhr, wodurch die Positionierung von Frauen in den innerparteilichen Führungsgremien zum entscheidenden Faktor wird. Zu analogen Befunden kommen *Lars Holtkamp*, *Sonja Schnittke* und *Elke Wiechmann* für Kommunalparlamente. In den untersuchten Großstädten sind Direktkandidaturen Männerdomäne. Auch hier müsste die Nominierungspraxis in den Kreisverbänden geändert werden.

Aus *Beate Hoeckers* Daten zur politischen Repräsentation von Frauen in allen EU-Mitgliedstaaten geht hervor, dass Deutschland im obersten Viertel liegt, die skandinavischen Länder aber deutlich mehr Frauen in Parlament und Regierung aufweisen. Defizite sind vor allem bei den zwölf neuen EU-Mitgliedern anzutreffen. *Hoecker* macht institutionelle, kulturelle und sozialstrukturelle Faktoren für die Unterschiede aus, wobei das Wahlsystem die zugänglichste Stellschraube für die Erhöhung der Frauenanteile wäre. Prinzipiell dieselben Faktoren sind verantwortlich für die dramatische Unterrepräsentanz von Frauen in Parlamenten der islamischen Welt, deren weitgehend unbekannte Realität *Claudia Derichs*, *Hala Kindelberger* und *Christine Holike* beleuchten. Ihr Befund: Nicht der Islam als Religion oder Lebensanschauung behindert den politischen Einfluss von Frauen, sondern islamistische Kräfte mit ihrer spezifischen Geschlechterideologie.

So kritik- und verbesserungswürdig ein niedriger Frauenanteil im Parlament ist, so wenig kann aus ihm umstandslos geschlossen werden, dass frauenspezifische Interessen keine Berücksichtigung finden oder weibliche Abgeordnete marginalisiert werden. *Sandra Brunsbach* untersucht den Zusammenhang zwischen deskriptiver und substantieller Repräsentation im Bundestag und kommt zu dem Schluss, dass ein höherer Frauenanteil im Parlament nicht automatisch zu mehr Artikulation von Fraueninteressen führt. Zwar besitzen weibliche MdBs andere Präferenzen als ihre männlichen Kollegen bei frauenspezifischen Interessen; ob und wie sie diese aber ins Parlament einbringen, hängt in erster Linie vom (partei-)politischen Kontext und nicht von ihrer prozentualen Stärke im Bundestag ab.

Die hierzulande hinlänglich bekannten Probleme der nachlassenden Parteibindungen, der Wahlmüdigkeit und Wechselbereitschaft der Wähler führen auch in anderen Ländern immer häufiger zu drastischen Veränderungen in der Zusammensetzung der Parlamente und Wechseln in der Regierungsmacht. *Carmen Schmidt* dokumentiert dies für Japan, wo bei der letzten Unterhauswahl eine erst vor wenigen Jahren entstandene Partei die mehr als ein halbes Jahrhundert regierenden Liberaldemokraten mit einem Erdrutschsieg ablöste. Dass sich daraus nun ein echtes alternierendes Zweiparteiensystem entwickeln wird, be-

zweifelt *Schmidt*. Zu stark begünstigt das japanische Wahlsystem die Repräsentation kleiner Parteien, zu ungewiss ist die Herstellung neuer stabiler Bindungen zwischen Bürgern und Parteien.

Auch in Ungarn spielte das Wahlsystem eine Rolle für den Ausgang der letzten Parlamentswahl, die eine Zweidrittelmehrheit für ein Mitte-Rechts-Parteienbündnis und eine bittere Niederlage für die Sozialdemokraten erbrachte. *Máté Szabó* und *Ágnes Lux* analysieren den fünften Richtungswechsel in der sechsten Wahl nach 1990 und diagnostizieren einerseits eine schwere „Delegitimation jeglicher sozialliberalen Politik“. Andererseits könnte aber ein allzu hemmungsloser Gebrauch der Zweidrittelmehrheit die breite Unterstützung für die amtierende Regierung unterminieren und damit die Bewältigung großer Herausforderungen – Wirtschaftskrise, Verschuldung, Sozialreformen, EU-Ratspräsidentschaft – weiter erschweren. Die Skepsis gegenüber den politischen Entwicklungen findet weitere Nahrung in dem Profil, das *Sándor Kurtán* und *Gabriella Ilonszki* für die Abgeordneten des neu gewählten Parlaments erstellen. Wenngleich fast jeder zweite Abgeordnete ein Neuling ist, warnen die Autoren vor der Abschottung der parlamentarischen Elite von den Bürgern: Aus ihrer Sicht leidet die Akzeptanz des Parlaments und die Politische Kultur der noch jungen ungarischen Demokratie durch Ämterhäufung und die Versteigerung bestimmter sozialstruktureller Merkmale der Abgeordneten durch die Kandidatenauswahl.

Im Ergebnis ähnlich stellt sich die Situation für das Baltikum dar. *Axel Reetz* sieht die drei Länder auch nach den fünften freien Wahlen noch in einer Art „demokratischer Pubertät“. Instabile Parteien, mangelnde Fähigkeit oder gar Wille, neue Mitglieder zu rekrutieren, unerwünschte innerparteiliche Mitwirkung und ein weit verbreitetes „Missverständnis demokratischer Politik schlechthin“ prägen das Bild. Zwei Jahrzehnte nach dem Fall des Eisernen Vorhangs ist nicht zu verkennen, dass es mehr als eine Generation dauert, eine in der Gesellschaft fest verankerte funktionierende parlamentarische Demokratie aufzubauen.

Haben sich in Ostmitteleuropa Regierungs- und besonders Parteiensysteme nur oberflächlich gefestigt, so sind auch die etablierten Demokratien keineswegs frei von tiefer gehenden Wandlungstendenzen. Dazu gehört die Erosion der sozialdemokratischen Hochburgen in etlichen Ländern West- und Nordeuropas. Den schwedischen Fall untersucht *Sven Jochem* im Kontext seiner Analyse der dortigen Reichstagswahl. Mit ihrem schlechtesten Ergebnis seit 1920 haben die Sozialdemokraten ihre hegemoniale Position im Parteienwettbewerb verloren; die Grünen, ihre vorherigen Bündnispartner, sind einer Zusammenarbeit mit den Konservativen nicht abgeneigt, und diese ähneln ihrerseits bereits einer Sozialstaatspartei der Mitte. Den Blockwettbewerb im schwedischen Reichstag sieht *Jochem* mindestens vorläufig ausgesetzt. Eine Konstellation künftig auch in Deutschland?

Inwieweit das Kernstück der sozial- und wirtschaftspolitischen Reformen der rot-grünen Bundesregierung unter *Gerhard Schröder*, die Agenda 2010, unter Mitarbeit der SPD-Bundestagsfraktion entstand, untersucht *Karlheinz Nicolauß* anhand der Fraktionsprotokolle. Minutiös und differenziert nach Politikfeldern kann er zeigen, dass die Abgeordneten teils mitsteuerten, teils überrascht wurden. Letzteres legt die Frage nahe, ob frühzeitiger Meinungsaustausch mit der eigenen Fraktion dem Kanzler mehr Unterstützung und inhaltliche Verbesserungen seines Reformkonzepts gebracht hätte und damit manch negative Konsequenzen in Partei und Öffentlichkeit vermieden worden wären.

Suzanne S. Schüttemeyer